

Gemeindereform (GeRAG) muss anders angegangen werden.

Der Grosse Rat hat am vergangenen Dienstag dem Projekt Gemeindereform Aargau (GeRAG) zwar deutlich zugestimmt, befriedigen mag es jedoch nicht. Nach meiner Meinung entwickelt sich dieses Projekt als solches, nicht in die richtige Richtung. Denn die Standortgunst unserer Gemeinden ist im Aargau sehr ungleich verteilt. Dabei sind nicht nur geografische und raumplanungsrelevante Vor- und Nachteile von Bedeutung. Auch die verkehrliche Erschliessung, die Nähe zu den Zentren gute und auch weiterführende Schulen, Arbeitsplätze, die Angebote vor Ort usw. sind wichtig und können nicht von allen Gemeinden überall gleichwertig und im gleichen Umfang angeboten werden. Mit dem wichtigen Angebot von intaktem Natur- und Erholungsraum und dem zur Verfügung stellen von ökologischen Ausgleichsflächen tragen jedoch kleine und mittlere Gemeinden wesentlich dazu bei, dass unser Kanton der Regionen lebenswert bleibt. Leider werden solche ökologische Werte aber nicht finanziell abgegolten. Zudem werden auch immer mehr Aufgaben und Kosten auf unsere Gemeinden abgeschoben und nicht alle können diese Lasten in gleichem Ausmass verkraften. Mit der Abschaffung des Grundbeitrages und weiteren finanziellen Einschränkungen wird gerade die bisher gelebte Solidarität unter den Habenden Gemeinden und den Nichthabenden Gemeinden zerstört. Dabei ist gerade die Solidarität ein tragendes und unverzichtbares Element unserer Gesellschaft. Der Regierungsrat will nun, mit der Unterstützung der Ratsmehrheit, mittels kurzfristigem Geldsegen Gemeinden in eine Fusion zu locken. Damit wird aber auf die Dauer kein Problem gelöst. Zwei struktur- und finanzschwache Gemeinden werden so nicht automatisch zu einer starken Gemeinde. Sollten sich jedoch Gemeinden zusammenschliessen wollen, ist dem nichts entgegenzuhalten. Dies muss jedoch von unten so gewollt sein und darf nicht von oben und auch nicht durch sanften Druck verordnet werden. Unsere feingliederigen Gemeindestrukturen dürfen nicht einfach so nur um des Reformwillens zerstört werden. Auch wenn ich mit dieser Meinung, auch in meiner Fraktion, alleine dastehe denke ich, dass sich alle politischen Parteien in der zweiten Lesung zu diesem Gesetz ihrer diesbezüglichen Verantwortung bewusst werden und auf einige folgenschwere Entscheidungen zurückkommen sollten.

Roland Agustoni

SP - Grossrat

Magden

fricktal@roland-agustoni.ch